



**FINANZIERUNGSTRUMENT
EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFT UND PARTNERSCHAFT**

REPUBLIK MOLDAU

**LÄNDERSTRATEGIEPAPIER
2007-2013**

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG	2
1. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EG UND DER REPUBLIK MOLDAU.....	3
1.1. DIE ÜBERGEORDNETEN AUßENPOLITISCHEN ZIELE DER EU.....	3
1.2. DIE STRATEGIEZIELE DER ZUSAMMENARBEIT EU/MOLDAU	3
2. ... DIE INNEN- UND AUßENPOLITIK DER REPUBLIK MOLDAU IM ÜBERBLICK	5
2.1. ALLGEMEINE ASPEKTE.....	5
2.2. INNENPOLITIK	5
2.3. DIE TRANSNISTRIENFRAGE.....	6
2.4. AUßENPOLITIK.....	6
3. ... DIE POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE LAGE	6
3.1. DIE POLITISCHE LAGE	6
3.2. DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION UND DIE STRUKTUR DES HANDELS.....	9
3.3. DIE SOZIALE ENTWICKLUNG	10
3.4. DIE UMWELTSITUATION.....	11
4. DIE BISHERIGE EG-HILFE IM ÜBERBLICK	12
4.1. DIE EG-HILFE 1991-2006	12
4.2. WICHTIGE LEHREN FÜR DIE NEUE PROGRAMMIERUNGSRUNDE	13
4.3. KOMPLEMENTARITÄT MIT ANDEREN GEBERN UND KOORDINIERUNG	14
4.4. ABSTIMMUNG DER ENTWICKLUNGSSTRATEGIE DER EG MIT ANDEREN KERNANLIEGEN DER EU (DOSIERUNG DER STRATEGIE).....	15
5. DIE STRATEGIE DER EG	16
5.1. HAUPTZIEL	16
5.2. DIE PRIORITÄTEN DER EG-HILFE	16
5.3. INSTRUMENTE UND BEREITSTEHENDE MITTEL	19
ANNEX 1	
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME	
ANNEX 2	
REPUBLIK MOLDAU AUF EINEN BLICK	
ANNEX 3	
REPUBLIK MOLDAU - UMWELTPROFIL	
ANNEX 4	
SCHWERPUNKTE ANDERER GEBER EINSCHLIESSLICH DER EU-MITGLIEDSSTAATEN	
ANNEX 5	
"POLICY MIX" ERWÄGUNGEN IM RAHMEN DES LÄNDERSTRATEGIEPAPIERS FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU	
ANNEX 6	
EG-HILFSGELDER FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU, 1991-2006	

Zusammenfassung

Dieses Länderstrategiepapier (LSP) für die Republik Moldau gilt für die Jahre 2007-2013. Die Republik Moldau erhält während dieses Zeitraums Hilfe namentlich auf der Grundlage des neuen Instruments der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Partnerschaft (IENP), das eingerichtet wurde, um die Entwicklung eines die Europäische Union und die an der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) teilnehmenden Staaten umfassenden Raums des Wohlstands und der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu fördern.¹

Hauptziel der Zusammenarbeit EU-Moldau ist die Verstärkung der beiderseitigen Beziehungen über das bisherige Niveau hinaus, bis hin zu einer engeren politischen Zusammenarbeit auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich, bei gleichzeitiger Lösung der Transnistrienfrage; ein weiteres Hauptziel ist die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Eindämmung der Armut, wozu der Aktionsplan EG/Moldau und das Strategiepapier Wirtschaftswachstum und Armutseindämmung die Grundlage bieten.

Die im Rahmen der hier vorgeschlagenen Strategie geplante Hilfe der EG wird zur Verwirklichung der vorgenannten Strategieziele beitragen. Das Nationale Richtprogramm für 2007-2010 sieht eine Unterstützung der genannten Ziele in drei prioritären Bereichen vor:

- a) Entwicklung demokratischer Verhältnisse und verantwortliche Regierungsführung;
- b) Rechtsreform und Aufbau der Verwaltung;
- c) Eindämmung der Armut und Wirtschaftswachstum.

Dieses Strategiepapier wurde in engen Konsultationen mit den moldauischen Behörden erstellt und entspricht exakt der eigenen Prioritätensetzung des Landes. Bei der Ausarbeitung des Papiers wurden einige EU-Mitgliedstaaten, sonstige Geldgeber und bürgergesellschaftliche Organisationen hinzugezogen.

¹ Verordnung 1638/2006 (26/10/2006).

1. Ziele der Zusammenarbeit zwischen der EG und der Republik Moldau

1.1. Die übergeordneten außenpolitischen Ziele der EU

Die EU propagiert ihre Vorstellungen von ethischen Normen und ihre Interessen, indem sie weltweit als wirtschaftlicher und politischer Partner in Erscheinung tritt und sich dabei solch unterschiedlicher Instrumente bedient wie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und der Handelspolitik; darüber hinaus erstreckt sie Aspekte der innergemeinschaftlichen Politik auf ihre Politik gegenüber Drittstaaten.

Die EU ist vor allem bestrebt, Wohlstand, solidarisches Verhalten, Sicherheit und zukunftsfähige Entwicklungsmodelle in aller Welt zu fördern.

Von vorrangiger Bedeutung für die EU ist die Entscheidung über die richtige Dosierung der politischen Strategien. In Anbetracht der genannten Strategieziele im Außenbereich ist unbedingt die Kohärenz aller in der Zusammenarbeit mit der Republik Moldau eingesetzten Instrumente zu gewährleisten.

1.2. Die Strategieziele der Zusammenarbeit EU/Moldau

Das von der EU für die Republik Moldau ausgearbeitete Kooperationskonzept vereint in sich länderspezifische, regionale und globale Strategieziele:

Eine für alle Beteiligten fruchtbare Partnerschaft zur Bewältigung des Transformationsprozesses in der Republik Moldau

Mit dem am 1. Juli 1998 ratifizierten PKA haben die EU und die Republik Moldau eine Partnerschaft mit folgender Zielsetzung vereinbart: enge politische Beziehungen, für beide Seiten vorteilhafte Handelsaktivitäten und Investitionen sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Wissenschaft, Technologie und Kultur. Die Partnerschaft ist vor allem dazu gedacht, die Republik Moldau auf dem Wege in die Demokratie und in die Marktwirtschaft zu begleiten.

Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und des zugehörigen Aktionsplans EU-Moldau

Ziel der ENP – als Konzept entstanden im Kontext der Erweiterung von 2004 – ist es, die Nachbarn der EU und somit auch die Republik Moldau an Stabilität, Sicherheit und Wohlstand der EU auch ohne Mitgliedschaft teilhaben zu lassen. Dadurch dass die EU mit der ENP den Nachbarn eine engere Zusammenarbeit im politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich anbietet, will sie das Aufbrechen neuer trennender Gräben in Europa verhindern. Die EU verfolgt damit zudem ein Hauptziel der europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003, das darin liegt, die Sicherheit in den angrenzenden Staaten zu erhöhen. Die ENP-Partner erwarten engere Zusammenarbeit, Gelegenheiten an EU-Programmen beteiligt zu werden und Zugang zum EG-Binnenmarkt als handfeste Unterstützung ihrer politischen und wirtschaftlichen Reformen.

Die EU und die Republik Moldau haben sich in einem Aktionsplan auf spezifische Ziele geeinigt, die vom Kooperationsrat EU/Moldau am 22. Februar 2005 genehmigt wurden. Im November 2006 hat die Kommission eine Halbzeitbewertung der Umsetzung des Aktionsplans vorgelegt.

Aufgaben im Sicherheitsbereich

Mit ihrer europäischen Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 trägt die EU der Tatsache Rechnung, dass sie als Union von 25 Staaten mit mehr als 450 Mio. Einwohnern und der Erwirtschaftung eines Viertels des Bruttoinlandsprodukts der Welt nunmehr unbestreitbar zu einem Akteur von Weltrang avanciert ist.

Eine der wichtigsten Konsequenzen der Europäischen Sicherheitsstrategie ist das Gebot, nunmehr darauf hinzuwirken, dass die Nachbarn der Union im Osten und am Südrand des Mittelmeers zu verantwortlich regierten Staaten werden, mit denen die Union eng und erfolgreich zusammenarbeiten kann. Die Strategie enthält zudem ein entschiedenes Bekenntnis zu einer auf echten Multilateralismus gegründeten Weltordnung.

In diesem Zusammenhang misst die EU der Lösung der Transnistrienfrage große Bedeutung bei und beteiligt sich aktiv an der Suche nach einer Lösung, und zwar u.a. im Wege einer von ihr selbst initiierten Mission zur Unterstützung der Grenzsicherung im moldauisch-ukrainischen Grenzgebiet, die auch den Abschnitt entlang der transnistrischen Grenze einschließt.

Ziel der Entwicklungszusammenarbeit

Absolutes Oberziel der Entwicklungszusammenarbeit der EG ist die Besiegung der Armut und damit verbunden die Förderung des verantwortlichen Regierens und der Wahrung der Menschenrechte.²

Mit einem BNE-pro-Kopf der Bevölkerung von 880 USD (errechnet nach der Atlas-Methode, Stand 2005) gehört die Republik Moldau gemäß der Liste des Entwicklungshilfeausschusses der OECD zur Kategorie der Niedrigeinkommensländer. Das bedeutet, dass bei der Festlegung der Entwicklungszusammenarbeitsziele für das Land sämtliche Ziele der Entwicklungspolitik und insbesondere die entwicklungspolitischen Millenniumsziele uneingeschränkt Berücksichtigung finden müssen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung im Mai 2004 für die Jahre 2004-2006 ein Strategiepapier zu Wirtschaftswachstum und Armutseindämmung verabschiedet hat, das vom Parlament im November 2004 genehmigt wurde. Im April 2006 hat die Landesregierung den ersten Jahresbericht zur Bewertung der Wirksamkeit der Strategie veröffentlicht.

² Die politischen Grundprinzipien der Entwicklungszusammenarbeit der EU sind im "Europäischen entwicklungspolitischen Konsens" formuliert (vgl. dazu:

http://europa.eu.int/comm/development/body/development_policy_statement/index_en.htm)

2. Die Innen- und Außenpolitik der Republik Moldau im Überblick

2.1. Allgemeine Aspekte

2003 hat Präsident Voronin engere Beziehungen zur EU zum Ziel der Außenpolitik des Landes erklärt. Seither hat die Republik Moldau ein „Konzept“ zur Förderung der Integration in die EU erarbeitet. In jedem Ministerium wurde eine Abteilung „europäische Integration“ eingerichtet, und das im Außenministerium geschaffene Dezernat Europäische Integration hat die Koordinierung inne. Nach den Wahlen vom März 2005 wurde eine pro-europäische Regierung gebildet.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Ziele der Republik Moldau derzeit wie folgt zusammenfassen:

2.2. Innenpolitik

Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse, Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten: Die Republik Moldau hat sich fest darauf verpflichtet, Stabilität und Leistungsfähigkeit der Institutionen zu stärken, die die Garanten von Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten sind.

Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit: Die Regierung ist entschlossen, die Justiz- und Rechtsreform voranzutreiben, um die Unabhängigkeit der Rechtssprechung zu garantieren, ihre administrative Leistungsfähigkeit zu stärken und die Unvoreingenommenheit und Effizienz der Strafverfolgung sicherzustellen. Namentlich die Rechtsreform ist bereits auf gutem Wege.

Wirksame Bekämpfung der Korruption: Die Regierung hat ihre Absicht bekundet, die Korruptionsbekämpfung zu verschärfen und hat im Rahmen der GRECO (Zusammenschluss von Staaten zum gemeinsamen Kampf gegen die Korruption) einen Antikorruptionsplan entworfen.

Reform des öffentlichen Sektors: Die Regierung hat ein ehrgeiziges Programm zur umfassenden Reformierung des öffentlichen Sektors in die Wege geleitet, das auch Reformen im Verwaltungs- und Regulierungsbereich vorsieht, die zur Verbesserung der Verwaltungsmethoden erforderlich sind. Hierzu wurde bereits angekündigt, dass die Zahl der öffentlichen Bediensteten deutlich reduziert wird.

Verbesserung des Investitionsklimas: Ein entscheidendes Element im Regierungskonzept zur Förderung des Wirtschaftswachstums ist entschlossenes Handeln in einer Vielfalt von Bereichen, die das Investitionsklima beeinflussen, wobei es namentlich darum geht, das Vertrauen der Investoren zu gewinnen. Inzwischen wurde eine Aktion zur Reduzierung der Bürokratie in die Wege geleitet. Eine Liste der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die gestrichen bzw. modifiziert werden müssen, liegt bereits im Entwurf vor.

Verbesserung der sozialen Wohlfahrt, Anhebung des Lebensstandards und Verbesserung der Sozialversorgungsdienste: Im Rahmen des EG-Programms zur Reduzierung der Armut hat sich die Regierung dazu verpflichtet, Armutsbekämpfungsmaßnahmen umzusetzen, die Sozialversorgungsdienste zu verbessern und namentlich auf regionaler und kommunaler Ebene den Zugang der Menschen zur Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Energieversorgungssicherheit: Dies ist eine Angelegenheit, die der moldauischen Regierung große Sorgen bereitet, weshalb sie nach Mitteln und Wegen sucht, die Energieversorgung des Landes sicherzustellen. Moldau nimmt als Beobachter an der Südosteuropäischen Energiegemeinschaft teil, die sich als nützlicher Rahmen für eine Energiemarktreform mit Blick auf eine bessere Sicherung der Energieversorgung erweisen könnte.

2.3. Die Transnistrienfrage

Die Lösung des Transnistrienkonflikts unter voller Wahrung der territorialen Unversehrtheit der Republik Moldau ist oberste Priorität der Landesregierung.

2.4. Außenpolitik

Annäherung an die Europäische Union und stärkere Integration in die südosteuropäische Kooperation: Die Annäherung an die EU ist Kern der außenpolitischen Bestrebungen der Regierung. In diesen Rahmen fügt sich ferner das systematische Hinwirken auf eine stärkere Integration in die südosteuropäische Kooperation. Die Republik Moldau ist Mitglied des Stabilitätspakts für Südosteuropa, der Mitteleuropäischen Initiative, der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative und des Schwarzmeerpakts für wirtschaftliche Kooperation. Ferner wurde die Republik Moldau 2006 Vollmitglied des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses. Die Republik Moldau hat im Dezember 2006 auch das neue „CEFTA“ (Central European Free Trade Area) Abkommen unterzeichnet.

Sonstige regionale Initiativen: Die Republik Moldau ist zu einem stärkeren Engagement in der Schwarzmeerregion entschlossen, was auch eine verstärkte Kooperation im Rahmen des regionalen Zusammenschlusses GUAM³ einschließt.

Förderung des Handels: Die Republik Moldau wurde im Juli 2001 in die WTO aufgenommen. Die Handelspolitik ist ein Kernanliegen der Regierung und ihrer Wirtschaftsstrategie. An oberster Stelle der Agenda stehen Freihandelsabkommen mit GUS-Staaten und mit den Staaten des südosteuropäischen Raums. Seit dem 1. Januar 2006 gelten für die Handelsbeziehungen mit der EU die Vergünstigungen des APS+. Die Landesregierung hat konkrete Schritte zur Verbesserung des Zertifizierungssystems und der Überwachung der Einhaltung der Ursprungsregeln als Grundlage für die möglicherweise von der EG zu gewährenden autonomen Handelspräferenzen unternommen, wobei es sich um eine der Prioritäten des EG-Aktionsplans für die Republik Moldau handelt.

3. Die politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Lage

3.1. Die politische Lage

Die Innenpolitik

Im August 1991 hat Moldau die Sowjetunion verlassen und seine Unabhängigkeit erklärt. Im Januar 1992 wurde die Republik Moldau Mitglied der KSZE (die 1995 zur OSZE wurde) und wurde im März desselben Jahres in die Vereinten Nationen aufgenommen. Gekennzeichnet waren die ersten Jahre der

³ Bei GUAM handelt es sich um einen regionalen Zusammenschluss der Staaten Georgien, Ukraïne, Aserbaidshān und Moldau.

Unabhängigkeit von schwankenden Koalitionsmehrheiten und kurzlebigen Regierungen. Die große Wende trat im März 2001 ein, als die Kommunistische Partei bei den Parlamentswahlen einen erdrutschartigen Sieg davontrug und mit 71 Sitzen (von 101) im Parlament die absolute Mehrheit errang. Daraufhin wurde Präsident Voronin in einem international als demokratisch gewerteten Vorgang zum Präsidenten gewählt. Seine Wiederwahl erfolgte im April 2005. Auch die Parlamentswahlen von 2005 wurden als mit dem Europarat- und OSZE-Standard vereinbar international anerkannt. Eine gemeinsame Wahlbeobachterkommission Europarat/OSZE bemängelte jedoch Verstöße gegen die Medienfreiheit und den Druck der Verwaltung auf die Kandidaten der Opposition.

Verfassung und Gerichtsverfassungsgesetz stipulieren die Unabhängigkeit der Judikative von der Exekutive und der Legislative. Die Landesregierung räumt jedoch ein, dass die Justizreform nach wie vor eine dringende Priorität ist; besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Richter und der Staatsanwälte, der Grundsatz Justiz für alle und die Gewährleistung des Vollzugs von gerichtlichen Entscheidungen.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit stand das Land vor der Aufgabe, sich durch Umwandlung der örtlichen Stellen der ehemaligen Sowjetverwaltung in Strukturen, die den Erfordernissen einer demokratischen Gesellschaft und einer Marktwirtschaft genügen, einen eigenen Verwaltungsapparat zu schaffen. Die Regierung räumt ein, dass diese Aufgabe bislang nur fragmentarisch verwirklicht wurde. Die öffentliche Verwaltung ist nach wie vor nicht voll leistungsfähig, dasselbe gilt für die Regierungsstellen, wozu die Gründe in funktionalen und institutionellen Widersprüchlichkeiten zu suchen sind. Große Sorge bereitet die Korruptierbarkeit der öffentlichen Bediensteten. In diesem Zusammenhang gilt es nun Auswahlverfahren, die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und die Besoldungssysteme zu verbessern. Die Regierung hat ein ehrgeiziges Programm zur umfassenden Reformierung der öffentlichen Verwaltung in die Wege geleitet, das noch lange nicht abgeschlossen ist; Unterstützung und Beratung von außen sind die entscheidenden Voraussetzungen dafür, dass der Reformprozess in geordneten Bahnen verlaufen kann.

Die Republik Moldau hat die meisten internationalen Menschenrechtsübereinkommen ratifiziert und sich mit Engagement an die Festigung demokratischer Institutionen gemacht, die die Garanten für die Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten sind. Die geringe Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparats und geringes Problembewusstsein namentlich auf Seiten der Rechtsvollzugsorgane stellen in diesem Zusammenhang jedoch ebenfalls ein erhebliches Hindernis dar.

Die Gesetzeslandschaft in der Republik Moldau ist für eine gedeihliche Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Medienfreiheit insgesamt gesehen recht günstig – die jüngste Entwicklung auch im Legislativbereich gibt jedoch Anlass zu Bedenken.

Die Transnistrienfrage

1992 fand im an die Ukraine angrenzenden östlichen moldauischen Gebiet ein kurzer Bürgerkrieg statt, in dem es Transnistrien gelang, *de facto* die Unabhängigkeit von der Republik Moldau zu erringen; das Gebiet ist aber bis heute international nicht als unabhängiger Staat anerkannt.

Nach Eintreten der Waffenruhe, im Jahr 1992, wurde eine Sicherheitszone eingerichtet, die von friedenserhaltenden Gruppen – vor allem russische Soldaten und Soldaten der zwei Konfliktparteien,

neben einem kleinen Kontingent ukrainischer Militärbeobachter – bewacht wird. In Transnistrien selbst sind zusätzliche russische Verbände einschließlich Munitionslager und Panzerfahrzeuge stationiert.

Seit 1995 verhandeln Moldau und Transnistrien mit Unterstützung der drei internationalen Mittler – OSZE, Russische Föderation und Ukraine – im Rahmen des so genannten Fünfparteienvermittlungsprozesses über eine mögliche Beilegung des Konflikts. Seit Oktober 2005 sind die EU und die USA ebenfalls als Beobachter präsent (sogenannte 5+2 Gespräche).

Die ukrainische Regierung hat ihre Absicht bekundet, einen neuen Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten. Am 22. April 2005 legte Präsident Juschtschenko anlässlich des GUAM-Gipfels in Chişinău die Blaupause für eine Verhandlungslösung vor. Im Mittelpunkt der verschiedenen immer wieder überarbeiteten Vorschläge steht der Gedanke der Abhaltung demokratischer Wahlen in Transnistrien.

Am 2. Juni 2005 übermittelten der ukrainische Präsident und der Präsident der Republik Moldau EK-Präsident Barroso und dem Hohen Repräsentanten und Generalsekretär Solana gemeinsam ein Schreiben, in dem sie u.a. die Forderung nach internationaler Überwachung des in Transnistrien liegenden Abschnitts der ukrainisch-moldauischen Grenze formulieren. Die EU hat diesem Antrag zugestimmt, und seit dem 1. Dezember 2005 hat die Grenzbeistandsmission der EU im genannten Grenzabschnitt Aufstellung genommen.

Die außenpolitische Lage

Die Landesregierung ist fest entschlossen, die Integration in die Europäische Union voranzutreiben und betrachtet dies als ihr wichtigstes außenpolitisches Ziel.

Die Republik Moldau befindet sich jedoch in Bezug auf Energieimporte und den Absatz ihrer Exporte nach wie vor in starker Abhängigkeit von der Russischen Föderation und einer Reihe anderer GUS-Staaten. Die Republik Moldau bemüht sich um eine Diversifizierung ihrer Energielieferanten und ihrer Exportmärkte. Diese Bemühungen werden durch den Umstand erschwert, dass sich ein Großkraftwerk auf dem Territorium der abtrünnigen Region Transnistrien befindet.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat die kommunistisch geführte Regierung nun zu den traditionell engen nachbarschaftlichen Beziehungen zu Rumänien zurückgefunden.

Ausblick

Mit der Einigung über den gemeinsam von der EU und der Republik Moldau aufgestellten Aktionsplan, der im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik beschlossen wurde, hat sich dem Land die einmalige Gelegenheit eröffnet, die Umwandlung in eine moderne Demokratie zu bewältigen und auf dem Weg der wirtschaftlichen Reformen voranzukommen. Mit dem Aktionsplan hat das Land nun konkret ein Instrument in der Hand, seine europäischen Ambitionen weiter zu verfolgen. In dem Maße, wie es der Republik Moldau gelingt, bei den internen Reformen und bei der Übernahme europäischer Standards konkrete Erfolge zu erzielen werden auch die Beziehungen zur EU an Bedeutung zunehmen.

Mit dem stärkeren Engagement der EU und der USA haben die Bemühungen um eine Beilegung des Transnistrienkonflikts eine neue Dimension erlangt.

3.2. Die wirtschaftliche Situation und die Struktur des Handels

Das Umschalten auf ein marktorientiertes Wirtschaftssystem hat die Republik Moldau in eine lang andauernde tiefe Rezession gestürzt. Die Russische Föderation und die Ukraine - beide mit der Republik Moldau eng verflochten – haben Ähnliches erleiden müssen. Ab 2000 war endlich wieder ein gewisses Wachstum zu verzeichnen, das aber in der Folge schwächer ausfiel als in den benachbarten Staaten. Hauptsächliche Ursachen waren die hohe Reaktivität des Landes in Bezug auf externe Schocks (bedingt durch die Struktur des Handels) und ungünstige Witterungsbedingungen. So erklärt sich, dass das BIP des Jahres 2005 immer noch weniger als fünfzig Prozent des Stands von 1989 ausmachte. Damit ist die Wirtschaftsleistung des Landes eine der schwächsten aller von der EBWE statistisch erfassten Transformationsländer.

Das Wirtschaftswachstum wurde ferner dadurch beeinträchtigt, dass der überwiegende Teil der Industriestandorte des Landes einschließlich des Großkraftwerks im Gebiet der abtrünnigen Region Transnistrien liegt. All das führt dazu, dass das BIP pro Kopf der Bevölkerung in der Republik Moldau das niedrigste in ganz Europa ist.

Die Verarbeitungssektoren Textilien und Lederverarbeitung sind dabei, sich zu erholen; die moldauische Volkswirtschaft wird jedoch nach wie vor vom Agrarsektor dominiert, der 2004 ungefähr zwanzig Prozent zum BIP beitrug. Agrar- und Agrarverarbeitungserzeugnisse machten 2004 54 % aller Exporte des Landes aus.

Der Umstand, dass nach einer Erhebung vom November 2004 an die 400.000 Bürger des Landes im Ausland arbeiten, hat zu erheblichen, immer größere Ausmaße annehmenden Überweisungen in die Heimat geführt (seit 2001 hat sich das Volumen um das Viereinhalbfache erhöht). Der amtlichen Statistik der Nationalbank zufolge liegt die Summe der Überweisungen schätzungsweise bei 900 Mio. USD, was knapp 30 % des BIP des Landes ausmacht. Diese Überweisungen sind somit ein wesentlicher Faktor in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und haben unmittelbar zur Eindämmung der Armut beigetragen. Die Überweisungen sind zudem ein wichtiger Einnahmeposten in der Leistungsbilanz des Landes, denn sie ermöglichen und kompensieren das gewaltige Handelsdefizit des Landes, dessen Einfuhren zurzeit mehr als doppelt so hoch sind wie seine Ausfuhren – das Handelsdefizit machte 2005 nahezu 40 % des BIP aus. Es ist leicht einzusehen, dass diese Situation ferner bedeutet, dass Wirtschaftswachstum und öffentliche Finanzsituation einem hohen Risiko unterliegen, da das Land bei der Reduzierung des Handelsdefizits in extremer Weise auf die Überweisungen aus dem Ausland angewiesen ist. Die Anfälligkeit des Landes für Schocks von außen offenbarte sich im Laufe des Jahres 2006 bei zwei Anlässen: erstens bei der Verdoppelung der Preise der Erdgaslieferungen aus der Russischen Föderation und zweitens bei dem Ende März 2006 von russischer Seite verhängten Einfuhrverbot für moldauischen Wein.

Trotz einiger Verbesserungen in letzter Zeit ist die Situation der öffentlichen Finanzen in der Republik Moldau prekär. Der zentralstaatliche Haushalt verzeichnete in der Zeit von 2003-2005 Überschüsse, doch dies wurde zum Teil lediglich dadurch erreicht, dass man seit 2002 Zahlungsrückstände bei der Rückzahlung der Auslandsschulden auflaufen ließ. Die Rückstände im Zusammenhang mit der Schuldenrückzahlung an Mitglieder des Pariser Clubs sind – nachdem sie über lange Zeit einer Normalisierung der Beziehungen der Republik Moldau zur internationalen Gebergemeinschaft im Wege standen – kein Problem mehr. Im Mai 2006 hat sich die Landesregierung mit Gläubigern des Pariser Clubs über eine Umstrukturierung der 2006-2008 fälligen Schuldenrückzahlungen und der laufenden Zahlungen verständigt; 2006-2008 ist zugleich der Zeitraum, für den Moldau mit dem IWF

im Rahmen von dessen Fazilität zur Reduzierung der Armut und Förderung des Wirtschaftswachstums eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen hat, die ebenfalls im Mai 2006 verabschiedet wurde.

Bereits in der Zeit vor dieser Einigung mit dem Pariser Club hat Moldau seine Auslandsschulden Schritt um Schritt abgetragen. 2004 konnte mit öffentlichen und privaten Gläubigern, die nicht dem Pariser Club angehören, eine Reihe bilateraler Vereinbarungen zu Schuldenreduzierung geschlossen werden; der 2005 erzielte Abbau des Schuldenstands war dann das Ergebnis von Kapitalrückzahlungen, denen keine neuen Auszahlungen gegenüberstanden. Ende 2005 hatten die öffentlichen bzw. öffentlich garantierten Auslandsschulden die 800 Millionen USD-Grenze unterschritten und machten noch rund 26 % des BIP aus (2002 lag der Anteil noch bei 60 %). Die öffentlich nicht garantierten Auslandsschulden sind mit 1,2 Milliarden USD wesentlich höher. Der kumulative Schuldendienst macht immer noch rund 20 % des Waren- und Dienstleistungsexports aus.

Mittelfristig bedarf es einer eindeutigen Verbesserung des Geschäftsklimas, damit das Land zu zukunftsfähigem Wachstum finden kann. Die Korruption blüht (auf der Korruptionsliste von Transparency International belegte Moldau 2005 Platz 88)⁴, und die Entwicklung der Geschäftstätigkeit wird nach wie vor durch formelle und informelle Verwaltungsbarrieren behindert. Die Regierung zeigt zunehmende Tendenz, sich in das Wirtschaftsgeschehen einzumischen, was zu regelmäßigen Beschwerden seitens der Exporteure und hin und wieder auch seitens ausländischer Investoren geführt hat.

Das Privatisierungsprogramm kommt nur stockend voran, und auch in den Bereichen Deregulierung, gezielterer Einsatz der Sozialhilfen und KMU-Förderung hat sich bislang wenig Konkretes ergeben.

In Bezug auf die Wirtschaftsleistung besteht in der Republik Moldau ein starkes Regionalgefälle. Die Schwerindustrie ist hauptsächlich im abtrünnigen Transnistrien angesiedelt, und im übrigen Staatsgebiet konzentriert sich die Erwirtschaftung von Einkommen auf den Raum Chişinău.

Die EG ist mit einem Anteil am Gesamthandel von rund 33 % wichtigster Import- und zweitwichtigster Exportmarkt der Republik Moldau, gefolgt von der Russischen Föderation und der Ukraine, auf die ein Anteil von 22,4 % bzw. 16,7 % entfällt. Von 2003 auf 2004 haben die EG-Importe aus dem Land um 28,7 % zugelegt, wohingegen die EG-Exporte in die Republik Moldau nur um 13,6 % gewachsen sind. Die EG-Einfuhr aus Moldau besteht vornehmlich in landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Textil und Bekleidung.

3.3. Die soziale Entwicklung

Dem Humanentwicklungsbericht 2005 zufolge belegt Moldau Platz 115 (HDI-Index 0,671), womit das Land zu den in dieser Hinsicht rückständigsten Staaten der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ zählt.

Mit 880 USD (berechnet nach der Atlas-Methode, Stand 2005) pro Kopf der Bevölkerung ist Moldau das ärmste Land in Europa, und die Weltbank hat es als einziges Niedrigeinkommensland Europas eingestuft. Der nach 1999 festzustellende abrupte Rückgang des Anteils der in Armut lebenden Menschen an der Gesamtbevölkerung scheint erneut zum Stillstand gekommen zu sein. Die Armutsquote war 1999 bis 2005 von 73 % auf 28,5 % zurückgegangen, und damit ist die dramatischste

⁴ Andere Länder der Region wie Ukraine, Weißrussland und die Russische Föderation stehen allerdings interessanterweise noch schlechter da.

Entwicklung beschrieben, die in diesen Jahren in Europa und Zentralasien in Bezug auf Armutseindämmung zu beobachten war. Wie bereits angedeutet, kam diese Entwicklung im Jahr 2004 trotz kontinuierlichen positiven Wirtschaftswachstums zum Stillstand und hat sich in ländlichen Gegenden sogar wieder umgekehrt.

Moldau hat schwer an der Armut namentlich auf dem Lande zu tragen und ist außerdem zur Drehscheibe des internationalen Menschenhandels geworden. In Anbetracht der dramatischen wirtschaftlichen Situation ist die Verlockung groß, im Ausland auf Arbeitssuche zu gehen, und hier sind es wiederum die Menschen in Moldau, die häufig Opfer der verschiedensten Art von Betrug und Schlepperdiensten werden. Nach wie vor fallen zudem zahlreiche Frauen und Kinder dem Sexhandel mit Westeuropa zum Opfer.

Die Bevölkerung ist von 4,36 Millionen im Jahr 1991 bis 2004 auf 3,97 Millionen geschrumpft, von denen im November 2004 wiederum schätzungsweise 400.000 im Ausland arbeiteten⁵. Die demographische Situation ist sehr angespannt, und die Gründe dafür liegen in den steigenden Sterbeziffern, bei besonders hoher Männersterbequote, einer Geburtenrate in starkem Abwärtstrend und einer signifikanten Abwanderung. Eine Zunahme der auf Tabak- und Alkoholkonsum zurückzuführenden Erkrankungen und das wieder häufigere Auftreten von Infektionskrankheiten wie TBC und Diphtherie haben erheblich zum Anstieg der Männermortalität beigetragen. Nach Aussage der amtlichen Statistik ist die HIV/AIDS-Quote gering, allerdings bei vermutlich hoher Dunkelziffer. Die rasche Zunahme der Mortalität und die Ausbreitung chronischer Erkrankungen mindern die Lebenserwartung; sie lag 2003 bei 67,7 Jahren (63,9 für Männer und 71,3 für Frauen) und ist somit eine der niedrigsten in Europa.

Die Beschäftigungsquote ist in den letzten zwei Jahren rasant zurückgegangen und lag 2004 nur noch bei 49,7 % (die Jugendbeschäftigung schrumpfte 2004 auf 18 %). Die Arbeitslosenquote lag 2004 laut Erwerbsstatistik bei 10 %. Das größte Problem in Moldau liegt darin, dass gut bezahlte Stellen nicht in ausreichender Anzahl entstehen, um die erwerbstätige Bevölkerung aus der Armut herauszuführen. 75 % der in Armut lebenden Menschen hatten 2002 eine Beschäftigung.

Was Lesen und Schreiben und Schulanmeldungen anbelangt, so steht Moldau mit einem Anteil der im Lesen und Schreiben bewanderten Erwachsenen von 96,2 % (bei den Jugendlichen sind es sogar 98,7 %) und einer Nettoanmeldungsquote im Grundschulbereich von 79 % gut da; doch inzwischen wird der Zugang zur Bildung immer schwieriger, das Ausbildungsniveau sinkt und die Ressourcen werden wenig sinnvoll eingesetzt.

3.4. Die Umweltsituation⁶

Die Republik Moldau muss große Anstrengungen unternehmen, wenn sie im Umweltschutz etwas erreichen will. Die Hauptproblembereiche sind die Luftbeschaffenheit, die Wasserbeschaffenheit, die Abfallentsorgung, der Naturschutz und die Auswirkungen des Klimawandels (eingeschlossen die multilateralen Umweltschutzübereinkommen). Die institutionellen und administrativen Kapazitäten

⁵Rund 200 000 „Kontingentmigranten“ hielten sich im November 2004 in Moldau auf, die entweder 2003 oder 2004 bereits zeitweise im Ausland gearbeitet hatten, oder die für die nahe Zukunft bereits einen Arbeitsaufenthalt im Ausland geplant hatten.

⁶ Eine detailliertere Darstellung der Umweltsituation ist Anhang 2 (Umweltprofil der Republik Moldau) zu entnehmen.

müssen ausgebaut werden, namentlich in den Bereichen Strategieplanung, Umsetzung der Strategien und Rechtsvollzug. Die Rolle der Bürgergesellschaft muss zudem gefestigt werden, damit sie sich in Fragen der umweltschutzpolitischen Planung zu einem ernstzunehmenden Partner der Regierung entwickeln kann.

4. Die bisherige EG-Hilfe im Überblick

4.1. Die EG-Hilfe 1991-2006

Die EG hat der Republik seit 1991 Hilfe in Höhe von mehr als 300 Millionen € bereitgestellt. Darin eingeschlossen ist die im Rahmen des TACIS-Programms geleistete Hilfe (eingeschlossen die Komponenten Landeshilfe, regionale Hilfe und grenzübergreifende Zusammenarbeit) und die aus Mitteln thematischer Haushaltslinien geleistete Unterstützung – namentlich das Ernährungssicherungsprogramm, die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte, makrofinanzielle Unterstützung und von ECHO geleistete humanitäre Hilfe.⁷

Die im Rahmen des **TACIS-Programms** geleistete **einzelstaatliche** Hilfe war seit 2001 folgenden drei Schwerpunktbereichen gewidmet: a) Unterstützung der institutionellen und administrativen Reform sowie der Rechtsreform, b) Unterstützung der Privatwirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie c) Unterstützung bei der Abfederung der sich aus dem wirtschaftlichen Transformationsprozess ergebenden sozialen Härten.

Die regionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit fand schwerpunktmäßig im Infrastruktur- und Umweltschutzbereich statt. In den Regionalprogrammen der letzten Zeit haben zudem Maßnahmen der Grenzsicherung, die Verbesserung des Asylverfahrens sowie der Kampf gegen Menschenhandel und illegalen Rauschmittelhandel erheblich an Bedeutung zugenommen. Moldau hat aktiv an den Verkehrs- und Energieministerkonferenzen der Gruppe EU-Schwarzmeer- und Kaspianrainer vom November 2004 in Baku teilgenommen und bei den daran anschließend gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet.

Moldau ist zurzeit zur Teilnahme an zwei **Nachbarschaftsprogrammen** zugelassen, und zwar zum bilateralen Programm mit Rumänien und zum Programm Südosteuropäischer Gemeinsamer Raum (Mitteleuropa-Adria-Donaubecken). In beiden Nachbarschaftsprogrammen haben bereits eine erste Einholung von Vorschlägen und die Projektauswahl stattgefunden.

Das **Ernährungssicherungsprogramm** dient der Lösung des Armutproblems und der Verbesserung der Ernährungssicherung; es umfasst Maßnahmen im Agrarsektor sowie in den Bereichen Boden- und Sozialreform und öffentliche Mittelbewirtschaftung. Dieses zur Stützung des Haushalts aufgestellte Programm ist an die Erfüllung bestimmter Vorgaben gebunden. Deutliche Fortschritte bei der Erfüllung der im Rahmen des Ernährungssicherungsprogramms für 2002 vereinbarten Konditionen hatten die Auszahlung von 9,2 Millionen € im Jahr 2005 zur Folge. Im Herbst 2005 erfolgte die Auszahlung einer ersten Tranche in Höhe von 1,2 Millionen € im Rahmen des Ernährungssicherungsprogramms 2004, und im Dezember 2005 erfolgte die Auszahlung der zweiten Tranche in Höhe von 7,6 Millionen €. 2006 erfolgte eine weitere Bereitstellung im Rahmen des Ernährungssicherungsprogramms in Höhe von 10 Millionen € einschließlich einer Bereitstellung von

⁷ Einzelheiten zu der in den Jahren 1991-2006 der von der EG geleisteten Moldau-Hilfe sind Anhang 5 zu entnehmen.

9,2 Millionen € als Budgethilfe. Im Oktober 2006 erfolgte die Auszahlung einer ersten Tranche von 1,2 Mio. €.

2002 wurde Moldau ein Finanzausschuss in Höhe von 15 Millionen € als **Makrofinanzhilfe** bereitgestellt, die dazu gedacht ist, IWF- und WB-Programme zu ergänzen. Da jedoch kein IWF-Programm vorlag, konnte die Auszahlung nicht vorgenommen werden. Inzwischen ist der Beschluss über die Bereitstellung der genannten Finanzhilfe hinfällig. Da nunmehr ein neues IWF-Programm verabschiedet wurde, laufen inzwischen (Oktober 2006) die Vorbereitungen für eine Makrofinanzhilfe in Höhe von voraussichtlich 45 Mio. €.

Für die Jahre 2002-2004 hat Moldau im Rahmen regionaler Projekte Fördermittel auf Grund des Programms **EIDMR** erhalten. Das Programm EIDMR unterstützt Initiativen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die der Festigung der demokratischen Verhältnisse und der Wahrung der Menschenrechte gelten.

Moldau ist zudem zum Programm AENEAS (in den Haushaltsjahren 2004-2006) zur Förderung von Projekten im Bereich Migration und Asyl zugelassen.

4.2. Wichtige Lehren für die neue Programmierungsrunde

Die Kommission hat vor kurzem eine Gesamtevaluierung des TACIS-Programms abgeschlossen⁸. Bislang liegt der Abschlussbericht nur im Entwurf vor. Die letzte Evaluierung der Situation der Republik Moldau im Zusammenhang mit dem Länderprogramm wurde im Jahr 2000 vorgenommen.

Der Evaluierungsbericht kommt zu dem Schluss, dass die Hilfe im Rahmen des TACIS-Programms insgesamt gesehen bislang in hohem Maße relevant war und den festgestellten Bedürfnissen entsprach⁹. Vor allem in den ersten Jahren lief das TACIS-Programm jedoch nach einem Konzept des von oben nach unten gerichteten Handelns ab. Das war zum Teil die Konsequenz der Notsituation in den Transformationsländern, in denen es zunächst vor allem darum ging, Institutionen aufzubauen; diese Situation war jedoch auch darauf zurückzuführen, dass die Behörden in den Transformationsländern sich nur wenig mit dem Transformationsprozess identifiziert haben. Laut Evaluierungsbericht gingen die Nationalen Richtprogramme tendenziell zudem viel zu sehr ins Detail, wodurch die Möglichkeiten begrenzt waren, Projekte den sich verändernden Bedarfssituationen anzupassen.

Bei der laufenden neuen Programmierungsrunde wird die EG das Schwergewicht auf die Erarbeitung strategischer Prioritäten und die Festlegung von Programmzielen legen und sich weniger mit spezifischen Aktivitäten bzw. mit Methoden der Durchführung befassen. Die Behörden der einzelnen Staaten haben von Anfang an Teil an diesem Prozess; dank des klarer umrissenen politischen und strategischen Rahmens, den die Europäische Nachbarschaftspolitik und der Aktionsplan EG/Moldau bieten, ist bei den Landesbehörden ein größeres Engagement und eine stärkere Identifizierung mit den Programmaktivitäten erkennbar.

Die Evaluierung verweist auf die auffallend große Anzahl **isolierter Projekte der technischen Hilfe**, namentlich im Bereich der institutionellen und administrativen Reformen. Solche Einzelprojekte waren

Der vollständige Evaluierungsbericht ist unter folgender Adresse abrufbar:
http://ec.europa.eu/comm/europeaid/evaluation/document_index/2006/728_docs.htm
⁹ Zu genau dieser Einschätzung kam bereits der Evaluierungsbericht von 2000.

oft erfolgreich¹⁰, doch die **Auswirkungen auf den jeweiligen Sektor und die gesamtstaatliche Strategie** bleiben wegen fehlender Kontinuität und fehlender kohärenter sektorbezogener Langzeitplanung begrenzt. Nach dem Urteil der Mehrzahl der Beteiligten hat sich jedoch das Ernährungssicherungsprogramm, in dessen Rahmen Budgethilfe nach nachweislicher Erfüllung bestimmter Vorgaben bereitgestellt wird, sowohl auf strategischer als auch auf sektoraler Ebene in signifikanter Weise ausgewirkt, und dies auf Grund einer stärkeren Identifizierung der Landesbehörden mit dem Programm, was dann zu stärkerem Engagement bei der Umsetzung von Reformvorschlägen und Strategien geführt hat.

Speziell auf Moldau bezogen haben die Evaluatoren festgestellt, dass die **Leistungsschwäche der Verwaltung und mangelnde Absorptionskapazitäten** ein echtes Risiko darstellen. Sie fordern eine verstärkte Koordinierung der Geber namentlich mit dem Ziel, die Verwirklichung des Aktionsplans EG-Moldau und des Armutsreduzierungsprogramms der EG voranzubringen.

Die Feststellungen des Berichts der begleitenden Beobachtung des TACIS-Programms in der Republik Moldau (2003-2005) zum Stand der Projektleistungen sind bei der Planung künftiger Programme zu berücksichtigen. Der Bericht bestätigt, dass die TACIS-Projekte mehrheitlich in vollem Einklang mit den Landesprioritäten standen. Der Bericht stellt jedoch auch fest, dass die Projekte nicht in jedem Fall mit konkreten von der Landesregierung finanzierten Initiativen verknüpft waren, was sich negativ auf die Tragfähigkeit der Projekte ausgewirkt hat. Darüber hinaus ließ das Engagement einiger Partnerinstitutionen zuweilen zu wünschen übrig.

Zu den Projekten, die eine Verbesserung des Legislativrahmens des Landes bezwecken stellt der Bericht fest, dass eine alleinige Ausrichtung auf Änderungen in der Gesetzgebung und Gesetzesentwürfe nicht zu den erforderlichen Ergebnissen führt, wenn nicht gleichzeitig darauf geachtet wird, dass die Rechtsvollzugsmechanismen in entsprechender Weise gestärkt werden.

Bei den künftigen, im Rahmen des Instruments der Europäischen Nachbarschaft und Partnerschaft zu gestaltenden Programmen wird sich der Schwerpunkt von Projekten der technischen Hilfe zunehmend in Richtung von Budgethilfen verlagern, deren Gewährung an die Erfüllung von zuvor festgelegten Bedingungen geknüpft ist und die mit Maßnahmen der gezielten technischen Hilfe einhergehen – dabei wird an die positiven Erfahrungen mit dem in Moldau durchgeführten Ernährungssicherungsprogramm anzuknüpfen sein. Dadurch wird die Identifizierung mit dem Programm gestärkt, und für die Regierung werden sich die Transaktionskosten verringern.

4.3. Komplementarität mit anderen Gebern und Koordinierung

Die für Moldau wichtigsten Geldgeber sind neben der EG die Weltbank, die EBWE, das UNDP/UNICEF, die USA, Kanada sowie die EU-Mitgliedstaaten Schweden, VK, Niederlande, Deutschland, die Tschechische Republik, Dänemark, Polen, Lettland, Litauen und Rumänien. Die Schweiz und Norwegen leisten ebenfalls Hilfe. Der IWF hat im Mai 2006 ein neues Programm im Rahmen der Fazilität für Armutsreduzierung und Wachstum verabschiedet. Es wird davon ausgegangen, dass die EIB in Moldau bald mit der Vergabe von Darlehen beginnen wird.

¹⁰ Eine eingehende Prüfung der Berichte zur begleitenden Beobachtung von Projekten in Moldau in den Jahren 2003-2005 bestätigt dies – solche Projekte erreichten eine Gesamtbewertung von 2,6, was noch über dem Mittelwert von 2,5 liegt.

Der Geberaktivitäten konzentrieren sich auf die Sozial- und Wirtschaftsentwicklung und Themen aus dem Umfeld des verantwortlichen Regierens wie namentlich die Verwaltungsreform und die öffentliche Mittelbewirtschaftung. Die Weltbank verwaltet einen Treuhandfonds, an dem mehrere Geber beteiligt sind und dessen Tätigkeitsfeld im Bereich der Reform des öffentlichen Dienstes liegt.¹¹

Die EG ist in allen oben genannten Bereichen tätig, wobei das Schwergewicht auf institutionellen und wirtschaftlichen Reformen einschließlich Regulierung liegt. Im Rahmen dieser neuen Strategie leistet die EG nach wie vor schwerpunktmäßig Unterstützung in den Bereichen verantwortliches Regieren und Regulierung im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform. Die EG wird zudem ihre Hilfe für den Bereich Armutsreduzierung und Wachstumsförderung auf regionaler und kommunaler Ebene aufstocken; diese Unterstützung schließt auch die Bereiche Gesundheit, Bildung und kommunale Infrastruktur ein.

Die Koordinierung unter Führung der Regierung funktioniert den Erwartungen entsprechend, doch die interministerielle Koordinierung und der interministerielle Informationsaustausch müssen im Zuge der Durchführung dieser Strategie weiter verbessert werden. Die Koordinierung und Harmonisierung der Geber wurde im Wege des zwischen der Regierung und den wichtigsten Gebern - eingeschlossen die EG - im Mai 2006 unterzeichneten Rahmens für eine Entwicklungspartnerschaft fortgeführt. Dieser Rahmen – „Koordinierung und Harmonisierung der Arbeit der Regierung und der Geber in der Republik Moldau zur Gewährleistung der Wirksamkeit der geleisteten Hilfe“ – verpflichtet die beteiligten Parteien dazu, Bewertungsindikatoren zu vereinheitlichen, gemeinsame Überprüfungen vorzunehmen und eine Synchronisierung mit dem jährlichen Haushaltszyklus zu gewährleisten, um die Transaktionskosten im Zusammenhang mit der Bereitstellung der Hilfe zurückzufahren. Die EG hat gemeinsam mit der Landesregierung, der Weltbank und dem IWF am 12. Dezember 2006 in Brüssel ein Treffen der Konsultativgruppe der Geber veranstaltet. Das Treffen wurde von allen Teilnehmern als erfolgreich bewertet.

Bei der Ausarbeitung der hier vorgeschlagenen Strategie hat die EG bereits in einem frühen Stadium zu anderen Geldgebern Kontakt aufgenommen, um Kohäsion und Komplementarität garantieren zu können. Da im Oktober 2005 in Chişinău eine EK-Delegation eingerichtet wurde, dürfte es künftig leichter sein, die Programmaufstellung zu koordinieren und die praktische Umsetzung zu bewerkstelligen. Eine gute Koordinierung wird künftig vor allem auch deshalb an Bedeutung gewinnen, weil die EG vor dem Hintergrund der im März 2005 in Paris eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Wirksamkeit und Harmonisierung sowie des oben genannten Partnerschaftsrahmens der Hilfe mehr und mehr dazu übergehen wird, Hilfe im Rahmen einer sektorübergreifenden Programmförderung bereitzustellen, und dazu gehören die so genannte Pool-Finanzierung ebenso wie gegebenenfalls Budgetförderung.

4.4. Abstimmung der Entwicklungsstrategie der EG mit anderen Kernanliegen der EU (Dosierung der Strategie)

In die Beziehungen zur Republik Moldau spielt eine Reihe anderer Strategien und politischer Zielsetzungen der Gemeinschaft hinein, weshalb es auf die richtige Dosierung der Strategie ankommt. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Energiepolitik, die Entwicklungspolitik, der Bereich Justiz, bürgerliche Freiheiten und Sicherheit zu nennen – eingeschlossen die Teilaspekte Migration, Grenzsicherung und Bekämpfung der organisierten

¹¹ Weitere Einzelheiten zu den Geberaktivitäten sind Anhang 4 zu entnehmen.

Kriminalität wie Menschenhandel und Bekämpfung des illegalen Rauschmittelhandels. In Anhang 5 wird die Frage der richtigen Dosierung der EG-Strategie im Einzelnen diskutiert.

5. Die Strategie der EG

5.1. Hauptziel

Hauptziel der Zusammenarbeit EU-Moldau ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Aufbau engerer Beziehungen, die das bisherige Niveau der Zusammenarbeit übersteigen, in engere politische Zusammenarbeit und allmähliche wirtschaftliche Integration auch im Energiesektor einmünden und der Förderung von Wachstum und der Besiegung der Armut dienen.

Die während des Anwendungszeitraums dieser Strategie von der EG zu leistende Hilfe dient der Verwirklichung dieser Ziele, die im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vom Juli 1998 und im Aktionsplan EG-Moldau vom Februar 2005 im Einzelnen ausformuliert sind. Die vorgeschlagene Strategie entspricht zudem voll dem von der Regierung im Mai 2004 verabschiedeten Strategiepapier über Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung.

5.2. Die Prioritäten der EG-Hilfe

Die für die EG-Hilfe geltenden Prioritäten entsprechen den in sieben Kapiteln formulierten strategischen Zielen des von der EU und der Republik Moldau gemeinsam vereinbarten Aktionsplans.

Diese Prioritätensetzung gilt für sämtliche aktuellen und geplanten Instrumente und Programme zur Unterstützung der Republik Moldau.

Politikdialog und Reformen im politischen Bereich

Schwerpunkt der im Rahmen dieses Kapitels zu leistenden EG-Hilfe sind die Stärkung der demokratischen Verhältnisse, die Förderung des verantwortlichen Regierens, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte. Hierher gehören auch so wichtige Ziele wie die Unterstützung der sich sowohl im Sozial- als auch im wirtschaftlichen Bereich herauskristallisierenden Zivilgesellschaft und die Unterstützung der Medienunabhängigkeit.

Im Zusammenhang mit einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik gilt die besondere Aufmerksamkeit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Abwendung von Konfliktsituationen und dem Umgang mit Krisen wie beispielsweise die Lösung des Transnistrienkonflikts sowie die Beherrschung der Folgen der illegalen Herstellung von Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition, von deren unkontrollierter Inverkehrbringung und massenhafter Anhäufung.

Zusammenarbeit zwecks Beilegung des Transnistrienkonflikts

Die EU wird sich auch weiterhin voll engagieren, um eine Beilegung des Transnistrienkonflikts unter voller Wahrung der territorialen Unversehrtheit der Republik Moldau zu erreichen.

Dazu gehört u.a. eine weitere Zusammenarbeit in Zoll- und Grenzsicherungsfragen, um auf diese Weise sicherzustellen, dass die Republik Moldau die unumschränkte Kontrolle über ihre Landesgrenzen und ihr Zollgebiet behält; ferner gehört hierher die Förderung der Zivilgesellschaft, des Demokratieideals und der Wahrung der Menschenrechte überall im Lande.

Je nach den Fortschritten in der Beilegung des Transnistrienkonflikts wird die EG die Konfliktschlichtung und die Sicherung des Erreichten in jeder Hinsicht gezielt unterstützen und u.a. auch dazu beitragen, dass es nicht zur Hortung von konventionellen Waffen (Kleinwaffen und leichte Waffen) und explosiven Kriegsrelikten kommt.

Wirtschafts- und Sozialreform sowie wirtschaftliche Entwicklung

Die EG-Hilfe ist den Schwerpunktbereichen Armutsreduzierung, Wirtschaftswachstum und Abbau der sozialen Ungerechtigkeiten gewidmet. Das dürfte umfassende Maßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene einschließen wie namentlich Ausbau und Modernisierung der kommunalen und regionalen Infrastruktur, sowie bessere Versorgungsdienste (Bildung und medizinische Versorgung) für alle. Hohe Priorität verdienen ferner die wirtschaftliche Entwicklung auf kommunaler Ebene und im ländlichen Bereich sowie der Verwaltungsaufbau auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Unterstützung beim Übergang zu einer funktionsfähigen Marktwirtschaft erfolgt auch mit Blick auf die Reduzierung der Armut und des Regionalgefälles. Das erfordert gleichzeitig eine Verbesserung in den Methoden der öffentlichen Mittelbewirtschaftung und die Verbesserung des Investitionsklimas durch Gewährleistung von Transparenz, Kalkulierbarkeit der Rahmenbedingungen und Vereinfachung der Verfahren bei gleichzeitiger Unterstützung der aufstrebenden Privatwirtschaft. Ein weiterer wichtiger Punkt des Arbeitsprogramms ist die Förderung einer zukunftsfähigen Entwicklung und die Einführung dieses Gedankens als Querschnittsthema in alle einschlägigen Bereiche, einschließlich Landwirtschaft.

Reformen in den Bereichen Handel, Markt und Regulierung¹²

Die EG unterstützt die Reformen des Markts und der den Handel regelnden Vorschriften, um das Land in die Lage zu versetzen, den sich aus dem PKA und der WTO-Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen nachzukommen.

Die durch die EG-Hilfe zu fördernden Maßnahmen decken ein breites Spektrum ab: Zollrecht und Zollverfahren und deren Harmonisierung mit internationalem und EU-Standard zwecks Erleichterungen im Handel, Sicherung der internationalen Handelsströme (Standardrahmen der Weltzollorganisation), Normung und Konformitätsbewertung, Tier- und Pflanzengesundheit, Niederlassungs- und Unternehmensrecht, Finanzdienstleistungen und Finanzmärkte, Ausbau der

¹² Die für die handelsrelevante technische Hilfe ausgewählten Schwerpunktbereiche entsprechen denen der Weltbankdiagnose vom Dezember 2004; in dieser Weltbankstudie geht es in erster Linie um die Bewertung der von der moldauischen Volkswirtschaft und ihrem Handelssystem zu bewältigenden Aufgaben und um die Prioritätensetzung im Hinblick auf Reformen und ausländische Hilfe.

allgemeinen Kapazitäten der Steuerbehörde und Reform des Steuersystems auf der Grundlage allgemein anerkannter internationaler Grundsätze zur Verbesserung der Erhebung der Steuern, Wettbewerbspolitik, Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum, öffentliches Auftragswesen und Statistik.

Die EG-Hilfe wird auch zur Lösung spezifischer Handels- und Zollfragen eingesetzt, die sich aus der Lage in Transnistrien und im Zuge der Verbesserung der Zertifizierungsverfahren und der Überwachung der Ursprungsregeln ergeben, wobei die Möglichkeit besteht, dass die EU Moldau autonome Handelspräferenzen gewährt.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und bürgerliche Freiheiten

Nach Maßgabe der Prioritäten des Aktionsplans EG-Moldau findet EG-Hilfe schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen statt: Migrationsfragen (einschließlich Rückübernahme, Sichtvermerke und Asyl), Grenzsicherung, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität wie Menschenhandel und Rauschmittelhandel, gesetzeswidrige Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen, Korruption, Geldwäsche, Polizei- und Justizreform und Kooperation. Die EG-Hilfe muss der Unterstützung der Reform der Institutionen und dem Kapazitätenaufbau der Verwaltungen dienen, namentlich im Zusammenhang mit der Reform des Justizapparats, der Einführung der in der EU geltenden Standards für die Grenzsicherungsorgane und das Asylsystem, Zusammenarbeit bei der Grenzüberwachung, Unterstützung im Kampf gegen organisierte Kriminalität und wirksame Steuerung der Migration.

Verkehr, Energie, Telekommunikation, Umweltschutz, Forschung, Entwicklung und Innovation

Absoluten Vorrang in den in der Überschrift genannten Sektoren hat der Ausbau der administrativen Kapazitäten, die für die Formulierung und Umsetzung von sektorbezogenen Strategien und für die Kohärenz mit den einschlägigen Strategien der EU und ihrer Gesetzgebung erforderlich sind. Im Verkehrssektor bedeutet dies in erster Linie Steigerung der Leistungsfähigkeit sowie bessere Flugsicherheit und Flugsicherung.

Im Energiesektor wird die Unterstützung verstärkt, um die Energieeffizienz zu steigern und um insbesondere auf kommunaler Ebene den Einsatz innovativer bzw. regenerativer Energieträger zu fördern. Gefördert werden ferner Maßnahmen, die der Konvergenz mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand im Energiebereich dienen und die auf die Harmonisierung der technischen Vorschriften und Normen mit den EU-üblichen Standards, der Verbesserung der Energieversorgung und des Erdgastransits sowie auf eine Diversifizierung der Versorgungsstrassen abgestellt sind. Gegebenenfalls wird die Umsetzung der Empfehlungen der im Zuge der Energieministerkonferenz von Baku eingesetzten Arbeitsgruppen in der Republik Moldau zu unterstützen sein.

Im Verkehrssektor werden die Modernisierung des kommunalen und regionalen Wegesystems und vorrangige Maßnahmen gefördert, die den Empfehlungen der Hochrangigen Arbeitsgruppe zur Verlängerung der transeuropäischen Verkehrskorridore in Staaten und Regionen außerhalb der Europäischen Union entsprechen; außerdem werden Bereiche unterstützt, denen die im Anschluss an die Verkehrsministerkonferenz von Baku im November 2004 eingesetzten Arbeitsgruppen Prioritätscharakter zuerkannt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass Moldau die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Europäischen Zivilluftfahrttraum anstrebt, wäre eine Unterstützung auch in diesem Bereich in Betracht zu ziehen.

Im Umweltschutz wird die Unterstützung vor allem dazu dienen, die Umsetzung multilateraler Umweltschutzübereinkommen zu ermöglichen, wobei es namentlich um das VN-Rahmenübereinkommen zum Klimawandel und das dazugehörige Protokoll von Kyoto sowie um die zwischen den Vereinten Nationen und der EG geschlossenen Übereinkommen geht. Vorgesehen sind ferner Aktivitäten im Bereich der Verbesserung der Wasserqualität, beispielsweise durch Umsetzung der einschlägigen Komponente der Wasserinitiative der EU sowie regionale Initiativen, die sich um die Reinhaltung der Donau und des Schwarzen Meers bemühen. Weitere prioritäre Bereiche sind die durch die Industrie verursachten Umweltschäden, die Abfallwirtschaft und der Naturschutz sowie die Fortentwicklung der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Information, begleitende Beobachtung und Bewertung.

Was die Informationsgesellschaft anbelangt, so wird die Einführung eines umfassenden Regulierungsrahmens, der Aufbau von Kapazitäten einschließlich im Bereich der Regulierungsbehörde unterstützt; gefördert werden soll außerdem der Einsatz der neuen Technologien der Informationsgesellschaft und die Inanspruchnahme von Online-Diensten durch die Wirtschaft, die Verwaltung und den einzelnen Bürger.

Die Förderung der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie ist ein bedeutender Beitrag zur Herbeiführung einer zukunftsfähigen ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung im Lande und einer künftig verstärkten Teilhabe an Forschungsaktivitäten (7. Rahmenprogramm für Forschung und Technologie), an gemeinsamen Forschungsprojekten, beim Internationalen Marie-Curie-Programm (Mobilität der Wissenschaftler) und an praktischen Lehrgängen der sieben Einrichtungen des Gemeinsamen Forschungszentrums.

Kontakte auf der Ebene der Bürger

Für eine stärkere Verankerung der Demokratie, für die Wahrung des sozialen Friedens und für die Stärkung der Wettbewerbskraft der Wirtschaft ist die Unterstützung der Reform und der Modernisierung des Bildungswesens mit Blick auf eine Annäherung an die Standardpraktiken der EG von entscheidender Bedeutung. Das schließt eine verstärkte Beteiligung an Programmen wie Tempus und Jugend in Aktion, eine Ausweitung der Möglichkeiten für Bürger der Republik Moldau an Austauschprogrammen wie Erasmus Mundus teilzunehmen, und eine Sondierung der Möglichkeiten einer kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen der EG-Programme ein.

5.3. Instrumente und bereitstehende Mittel

Ab 2007 stehen der EG noch weitere neue Instrumente zur Verfügung. Das Instrument Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft mit seinen einzelstaatlichen und länderübergreifenden/regionalen, grenzübergreifenden und thematischen Komponenten ist dabei das wichtigste Instrument der Hilfe für die Republik Moldau; bestimmte Maßnahmen namentlich im Bereich Konfliktabwendung sowie Umgang mit Krisensituationen und Konfliktbeilegung können dabei auch für eine Unterstützung im Rahmen des geplanten Stabilitätsinstruments in Betracht kommen.

Diese neuen Instrumente der Drittlandshilfe gehen mit größerer Flexibilität einher, so dass die EG-Hilfe für die Republik Moldau nicht mehr vorwiegend über die technische Hilfe abgewickelt wird.

Wie aus dem Aktionsplan zur Europäischen Nachbarschaftspolitik hervorgeht, spielen die neuen Instrumente der Kooperation wie beispielsweise Partnerschaft und TAIEX eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Prioritäten des genannten Aktionsplans. Diese und andere Formen der Hilfe (Finanzierung von Infrastruktur und Ausrüstung, Pool-Finanzierung und Budgethilfen, namentlich im Zusammenhang mit ganzheitlichen Sektorkonzepten) kommen von Fall zu Fall und je nach Opportunität zum Einsatz.

Durch Zinsbezuschung und verschiedene Kombinationen von Darlehen und Zuschüssen lassen sich möglicherweise Investitionen internationaler Finanzinstitutionen in die Bereiche Umweltschutz, Energie und Verkehr mobilisieren. Falls Zinsbezuschung in Betracht gezogen wird, ist in jedem Einzelfall deren Zweckmäßigkeit zu prüfen und darauf zu achten, dass das vertretbare Maß übersteigende Marktverzerrungen vermieden werden. Beim Umweltschutz geht es um die Bereiche Wasserbewirtschaftung, Abfallentsorgung und von der Industrie verursachte Umweltbelastungen. Im Energiesektor kommen Themen wie regenerative Energieträger und Energieeffizienz in Betracht. Bei Investitionen in Infrastruktur bzw. Transportnetze der Energiewirtschaft dürfte es sich aufgrund der zu erwartenden Rendite im Prinzip um kommerziell lohnende Operationen handeln, doch in Ausnahmefällen, in denen es um spezifische Interessen der EU wie z. B. die Sicherung der Energieversorgung geht und in denen es sich als schwierig erweist, ein Projekt auf die Beine zu stellen, können für bestimmte Investitionsprojekte gezielte Zinsbezuschungen oder verschiedene Kombinationen von Darlehen und Zuschüssen in Betracht gezogen werden. Im Verkehrsbereich kämen solche Zinsbezuschungen vor allem dann in Frage, wenn es darum geht, Mittel für strategisch wichtige Infrastrukturvorhaben bzw. für den Bau fehlender Verbindungsstrecken – namentlich grenzübergreifende Maßnahmen im Bereich der prioritären Verkehrskorridore – zu mobilisieren.

Die Kooperationsinstrumente Partnerschaft und TAIEX werden bereits im Verlauf der derzeit in der Republik Moldau durchgeführten TACIS-Maßnahmen nach und nach eingeführt, namentlich zur Unterstützung der moldauischen Behörden bei der Ausarbeitung kohärenter Sektorstrategien. Die Mitwirkung der Republik Moldau in den ihr offen stehenden Programmen, Organisationen und Netzen wird gegebenenfalls zu unterstützen sein. Mit dem präziser formulierten ENP-Aktionsplan wird es möglich sein, der EG-Hilfe in spezifischen Sektoren mehr Substanz zu verleihen.

Querschnittsthemen wie Menschenrechte, Gleichstellung (gender) und Umweltschutz werden soweit möglich Eingang in die Planung sämtlicher Programme finden. Die vorangehenden Kapitel des Länderstrategiepapiers enthalten detaillierte analytische Informationen zu diesen Themenbereichen.

Mittelbereitstellungen im Rahmen des Instruments der ENP

Die Bereitstellungen für die Republik Moldau aus den Mitteln des Instruments der ENP konzentrieren sich auf **drei Prioritäten**, die von der EU und der Republik Moldau auf der Basis gemeinsam ausgewählter Strategieziele festgelegt wurden; in diesen Bereichen verfügt die EG auf Grund von Erfahrungen mit bereits zuvor geleisteter Hilfe über komparative Vorteile und ergänzt die Leistungen anderer Geber.¹³ Die EG fördert im Rahmen der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel gezielt sämtliche Aspekte der Konfliktschlichtung und die Sicherung des Erreichten, wobei sich ihr Verhalten nach den Fortschritten bei der Lösung der Transnistrienfrage richten wird.

¹³ Das NRP 2007-2010 wird detaillierte Angaben für die ersten vier Jahre der Anwendung der Strategie enthalten.

Priorität 1: Unterstützung der demokratischen Entwicklung und des verantwortlichen Regierens

Teilpriorität 1: Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Bewirtschaftung der öffentlichen Finanzen

Teilpriorität 2: Rechtsstaatlichkeit und Justizreform

Teilpriorität 3: Menschenrechte, Entwicklung der Bürgergesellschaft und der kommunalen Selbstverwaltung

Teilpriorität 4: Bildung, Wissenschaft und Kontakte auf Ebene der Bürger

Priorität 2: Unterstützung der Reformen im Bereich der Regulierung und Aufbau von Verwaltungskapazitäten

Teilpriorität 1: Handelsförderung, Verbesserung des Investitionsklimas und Unterstützung der Sozialreform

Teilpriorität 2: Aspekte sektorspezifischer Rechtsvorschriften

Priorität 3: Unterstützung bei der Eindämmung der Armut und Förderung des Wirtschaftswachstums

Das länderübergreifende/regionale Programm des ENP-Instruments¹⁴

Die regionale Komponente des ENP-Instruments trägt zur Verwirklichung der Ziele dieser Strategie bei, wobei es um einige Prioritäten geht, die für die Republik Moldau ebenso wie für die Region relevant sind, die somit eine gemeinsame Umsetzung erfordern und die regionale Wirkung zeigen werden.

In erster Linie geht es hier um die Sektoren **Verkehr** (Ausbau der transeuropäischen Verkehrskorridore in Einklang mit den Empfehlungen der Hochrangigen Arbeitsgruppe und der Verkehrsministerkonferenz vom 14. November 2004 in Baku und der im Anschluss daran gebildeten Arbeitsgruppen), **Energie (im Gefolge der Energieministerkonferenz vom 13. November 2004 in Baku** sind in diesem Sektor sämtliche regionalen Aspekte erfasst, namentlich was die Harmonisierung der Energiemärkte, Sicherheit und Sicherung von Produktion, Transport und Lieferung von Energie, Energieeffizienz und regenerative Energieträger sowie Erleichterungen bei Investitionen in Energieprojekte von allseitigem Interesse angeht) und **Umweltschutz** (im Vordergrund stehen hier u.a. die regionale Dimension der Wasserinitiative der EU, die regionale Zusammenarbeit in den regionalen Meeren und Gewässern, nicht zuletzt im Bereich der Erhaltung der Biodiversität, regionale Aspekte der Erhaltung und zukunftsfähigen Bewirtschaftung der Wälder, die Einhaltung multilateraler Übereinkommen, Klimawandel und die von der Industrie verursachten Umweltschäden, Information, begleitende Beobachtung und Bewertung sowie Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Umweltschutz).

Eine nachhaltigere Wirkung lässt sich in bestimmten Bereichen der **Grenzsicherung und der Migrations-/Asylpolitik, der Bekämpfung grenzübergreifender organisierter Kriminalität und im Zollbereich** erzielen, wenn zu den einzelstaatlichen Maßnahmen in den genannten Bereichen Maßnahmen auf regionaler Ebene hinzukommen. Ferner werden sich Möglichkeiten für regionale Aktivitäten bei der **Zusammenarbeit der mittelständischen Unternehmen und der bürgergesellschaftlichen Organisationen** ergeben. Schließlich werden auch die Vernichtung von

¹⁴ Näheres in einem gesonderten RSP/RRP

Landminen und explosiven Kriegsrelikten sowie der Kampf gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unterstützt.

ENPI-Programm für sämtliche zu diesem Instrument zugelassenen Nachbarstaaten¹⁵

Im allgemeinen ENPI-Programm sind Aktivitäten zusammengefasst, für die es aus Gründen der Kohärenz, Wahrnehmbarkeit und administrativen Effizienz wünschenswert ist, dass sie für sämtliche Nachbarstaaten in derselben Weise umgesetzt werden – Beispiele dafür sind TAIEX, TEMPUS und das neue Stipendienprogramm.

Grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des IENP (IENP – GÜZ)¹⁶

Wie bereits in einschlägigen Kommissionsmitteilungen und in der IENP-GÜZ-Strategie für die Jahre 2007-2013 dargelegt¹⁷, dienen diese Programme vier Oberzielen, und zwar **a)** der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den grenznahen Gebieten, **b)** der Zusammenarbeit bei der Bewältigung allgemeiner Aufgaben, namentlich in den Bereichen Umweltschutz, öffentliche Gesundheit sowie Verhinderung bzw. Bekämpfung von organisierter Kriminalität, **c)** effiziente Grenzsicherung und **d)** Förderung von Kontakten und Austausch auf der Ebene der Bürger, im grenznahen Raum.

Die im Rahmen der einzelnen Programme zu verwirklichenden spezifischen Ziele werden jeweils unter Berücksichtigung der Lage vor Ort von den NPP-Partnern in eigener Regie und nach eigener Prioritätensetzung festgelegt. Die Verwaltung der Programme ist dementsprechend von den örtlichen Programmpartnern gemeinsam zu tragen.

Mit den Programmen kann eine breite Projektpalette unterstützt werden, angefangen von kleinformatischen Lokalinitiativen unter Beteiligung der örtlichen Selbstverwaltung und regierungsunabhängiger Organisationen bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen bis hin zu großdimensionierten Projekten, in die auf regionaler und in den einzelnen Staaten auf nachgeordneter Ebene eine Vielzahl von Partnern involviert sind. Die GÜZ-Programme (IENP) lassen ebenfalls Investitionen im grenzübergreifenden Kontext zu.

Die Republik Moldau wird in zwei GÜZ-Programme (IENP) einbezogen: ein Dreierprogramm (Ukraine – Rumänien – Moldau) im Bereich der gemeinsamen Landgrenze und ein multilaterales Programm im Schwarzmeerraum.

Das Instrument zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten (EIDMR II)

Das eigens für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten in aller Welt geschaffene Instrument wird auch weiterhin zur Verfügung stehen. Moldau könnte namentlich im Zuge größerer mehrere Länder oder Regionen einschließender Ausschreibungen zur Einholung von Angeboten Hilfe im Rahmen dieses Instruments erhalten. Einzelheiten dazu werden in einem gesonderten

¹⁵ Näheres in einem gesonderten Strategiepapier zum allgemeinen ENPI-Programm

¹⁶ Weiteres dazu in einem gesonderten Strategiepapier/Richtprogramm GÜZ

¹⁷ Vgl. dazu insbesondere KOM (2003) 393 endg. vom 1. Juli 2003 (“Vorbereitung auf das Instrument Neue Nachbarschaft”)

Programmierungsvorgang festzulegen sein. Lückenlose Komplementarität mit der aus der Dotierung für Moldau zu finanzierenden Hilfe ist gewährleistet.

Thematische Programme¹⁸

Im Rahmen der neuen Instrumente stehen ab 2007¹⁹ fünf thematische Programme zur Verfügung, von denen das Programm „Migration und Asyl“ (zuvor „Aeneas“) für die Republik Moldau von besonderer Relevanz ist. Andere eventuell für Moldau interessante thematische Programme wären „Human- und Sozialentwicklung – Investitionen in den Humanbereich“ oder „Umweltschutz und zukunftsfähige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Energieträger“. Da sämtliche genannten Bereiche bereits bei den Landes- und Regionalmitteln bzw. den Dotierungen der IENP-Programme für grenzübergreifende Zusammenarbeit berücksichtigt sind, werden zusätzliche thematische Aktivitäten nur dann in die Wege geleitet, wenn ein eindeutiger Mehrwert erwartet werden kann.

Die derzeit noch aufgrund des Ernährungssicherungsprogramms geleistete Hilfe wird künftig im Rahmen des IENP-Programms gewährt.

Das Instrument „Politische Stabilität“

Mit dem Instrument „Politische Stabilität“ soll die Möglichkeit geschaffen werden, wirksam, rechtzeitig und in flexibler integrierter Weise auf Krisensituationen, sich anbahnende Krisen oder chronische politische Instabilität zu reagieren.

Im Fall der Republik Moldau gewinnt dieses Instrument vor dem Hintergrund des Transnistrienproblems besondere Relevanz, denn aufgrund dieser Situation ist die territoriale Unversehrtheit der Republik Moldau nach wie vor in Frage gestellt. Inzwischen gibt es neue Initiativen zur Schlichtung dieses Konflikts. Künftig können Anstrengungen in diesem Zusammenhang aus den Mitteln des Instruments „Politische Stabilität“ unterstützt werden.

Die künftig von der EG dem Zentrum für Wissenschaft und Technologie in der Ukraine, zu dessen Einzugsbereich auch die Republik Moldau zählt, zur Verfügung zu stellenden Beträge werden voraussichtlich ebenfalls aus den Mitteln des Instruments für „Politische Stabilität“ zu leisten sein.

¹⁸ Die für ein jedes der thematischen Programme bereitzustellenden Mittel werden auf der Grundlage eines jeweils getrennten Strategiedokuments programmiert. Volle Komplementarität mit Maßnahmen im Rahmen der einzelnen Komponenten (einzelstaatlich, regional und grenzübergreifend) ist gewährleistet.

¹⁹ 1) Migration und Asyl, 2) Human- und Sozialentwicklung, 3) Regierungsunabhängige Akteure der Entwicklung und lokale Behörden, 4) Umweltschutz und zukunftsfähige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und Energieträger, 5) Ernährungssicherheit

List of abbreviations and acronyms

AP	Action Plan (also: ENP Action plan or EU-Moldova ENP Action Plan)
BSEC	Black Sea Economic Cooperation Pact
CADSES	Central European Adriatic Danubian South-Eastern European Space
CBC	Cross-border Cooperation
CEI	Central European Initiative
CEP	Country Environment Profile
CFSP	Common Foreign and Security Policy
CIS	Commonwealth of Independent States
CoE	Council of Europe
DAC	Development Assistance Committee
EIB	European Investment Bank
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECHO	European Commission Humanitarian Aid Office
EG-PRSP	Economic Growth and Poverty Reduction Strategy Paper
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights
ENP	European Neighbourhood Policy
ENPI	European Neighbourhood and Partnership Instrument
FDI	Foreign Direct Investment
FSP	Food Security Programme
FTA	Free Trade Agreement
GDP	Gross Domestic Product
GNI	Gross National Income
GUAM	Georgia, Ukraine, Azerbaijan and Moldova (regional organisation)
HDI	Human Development Index
IFIs	International Financial Institutions
IMF	International Monetary Fund
JHA	Justice and Home Affairs
JLS	Justice, Liberty and Security
MDG	Millennium Development Goals
MoU	Memorandum of Understanding
NGO	non-governmental organisation
NPP	Neighbourhood and Partnership Programme
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSCE	Organisation for Security and Co-operation in Europe
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
PPP	Purchasing power parity
RIP	Regional Indicative Programme
RSP	Regional Strategy Paper
SECI	South-East European Cooperation Initiative
SEECF	South-East European Cooperation Process
SME	Small and medium enterprises
SP	Stability Pact for South-Eastern Europe

SPS	Sanitary and phytosanitary issues
STCU	Science and Technology Centre
SWAP	Sector-wide Approach
TAIEX	Technical Assistance Information Exchange Unit
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNDP	United Nations Development Programme
WMD	Weapons of Mass Destruction
WTO	World Trade Organisation

Moldova at a Glance

Land area	Population	Population density
32 880 km ²	4 205 747 (2005)	128 per km ²
Population of main town	Chisinau: 716 700 (2004) compared to 778 900 (2001)	
Annual population growth (% per year)		
2000: -0.2	2001: -0.2	2002: -0.4
2003: -0.4	2004: -0.5	2005: -0.3

Sources: Sources:
 2006 World Development Indicators, The World Bank, Washington DC, April 2006
 National Statistics Bureau of the Republic of Moldova



Economic Indicators²⁰

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
GDP growth (annual %)	2	6	8	7	7	7
GDP per capita, PPP (\$)	1,500	1,634	1,771	1,905	2,025	2,162
GNI per capita, Atlas method in current US\$	370	400	460	570	720	880
GNI per capita, PPP (current international \$)	1,350	1,470	1,620	1,760	1,930	2,150
Inflation (annual % change)	31	10	5	12	10	7
Exports of goods and services (% GDP)	50	50	53	53	51	52
Imports of goods and services (% GDP)	75	74	78	87	82	83
Exchange rate (PPP \$)	2.9	3.2	3.4	3.6	3.7	3.9
Total debt service (% of Exports of goods and services)	18	18	20	10	12	12
Cash surplus/deficit (% of GDP)	-1	1	..	2	0	0.4

Sources: 2006 World Development Indicators, The World Bank, Washington DC, April 2006

IMF World Economic Outlook Database

Republic of Moldova Ministry of Finance

Country Assistance Strategy Progress Report for Republic of Moldova, Sept 2006

²⁰ GNI per capita excludes Transnistria

Selected Social Indicators

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Adult literacy rate over 15s %	98.9	99	99	96.2	98	99
Primary school enrolment (% gross)	96	96	96	95	94	95
Secondary school enrolment (% gross)	83	81	82	83	83	..
Life expectancy at birth	66.6	68.5	68.8	67.7	68	..
Underweight children <5 (%)	3	3	3	3	3	..
<5 mortality rate (per 1,000 live births)	33	32	32	32	28	..
Maternal mortality rate (per 100,000 live births)	27.1	43.9	28.0	21.9
1-year-olds fully immunized (against measles, %)	87	81	94	96	96	..
1-year-olds fully immunized (against tuberculosis, %)	..	98	99	98
Births supervised by trained personnel (%)	99	99	99	99
Improved water source (% of population with access)	92	..	92	..	92	92
Reported new HIV cases	..	232	199	253	357	533

Sources:

2006 World Development Indicators, The World Bank, Washington DC, April 2006

UNDP, Human Development Reports

UNICEF

AIDS Centre, Ministry of Health and Social Protection, Republic of Moldova

Moldova

Country Environment Profile

1. State of the Environment

The key environment issues in Moldova relate to air quality, water quality, waste management and nature protection.

With regard to **air quality**, the main sources of pollution are road transport and energy and heat generation. Overall, air emissions almost halved between 1995 and 2002. However, pollution from road transport represents an increasing proportion of total emissions. Concerning **water quality**, infrastructure for waste water collection and treatment needs to be upgraded and new capacity constructed. A large percentage of households do not have a proper connection to the sewage system. **Waste management** is a significant challenge, including prevention, collection, treatment, recovery and final disposal. Stocks of obsolete pesticides and Polychlorinated Biphenyls (PCBs) require attention. As regards **nature protection**, agricultural practices and unsustainable logging have contributed to soil degradation and loss of biodiversity. With regard to **industrial pollution**, available data suggests that some factors such as water use, waste generation and greenhouse gas emissions have decreased while industrial production is increasing.

Current **trans-boundary environment issues** include the use and protection of shared waters – in particular the Danube River and the Black Sea. The Danube is a heavily utilised resource. It supports drinking water supply, irrigation, industry, fishing, tourism, power generation and navigation. It is frequently also the point of final disposal for wastewater. Severe problems with water quality and quantity have resulted, and biodiversity in the region is diminishing. The Moldovan rivers are part of the Black Sea basin. The Black Sea is subject to similar problems to the Danube, the most serious of which are the discharge of wastewater, oil pollution in the coastal areas and a loss of biodiversity, including fish stocks.

As regards **global environment issues** and climate change in particular, Moldova acceded to the Kyoto Protocol in 2003, and therefore needs to implement the relevant provisions and, where appropriate, implement concrete policies and measures to reduce greenhouse gas emissions, in particular in the energy and heavy industry sectors.

2. Environment policy

A three-year National Environmental Action Plan was adopted in 1996. In 2001, a new Environmental Policy Concept was adopted, reflecting Moldova's environment priorities and objectives. Strategies have also been specifically developed for certain issues, including water resources, persistent organic pollutants and biodiversity. Environment, particularly water co-operation, is part of the Economic Growth and Poverty Reduction Strategy and of the Village environment programme.

3. Environment legislation and implementation

Moldova adopted a framework law on Environmental Protection in 1993, which is being revised with a view to aim at convergence with EU *acquis*.

With regard to **horizontal issues**, provisions on environmental impact assessment are laid down in the law on ecological expertise and environmental impact assessment of 1996. A set of legislative acts provides a legal basis for access to information, including on the environment. Further implementing rules are needed on public participation. In the field of **air quality**, the law on air protection was adopted in 1997. However, air quality standards need to be reviewed. The water code of 1993 has been the main piece of legislation in the field of **water quality**, while legislation was recently adopted on preservation of biological water resources. The ambient water quality standards seem generally stringent, but legal compliance is not enforced in practice. A series of legislative instruments cover the issue of **waste management**. It remains however a significant challenge, including prevention, collection, treatment, recovery and final disposal. The current definitions and classification of waste require attention. Concerning **nature protection**, a law on protected areas was adopted in 1998, while legislation was recently adopted on the protection of endangered species. With regard to **industrial pollution**, there are no integrated permits for industrial installations. Environment permits cover sector-specific environment issues (air, water, waste and soil) separately.

According to the 2001 Environmental Policy Concept, environmental considerations are to be integrated into sector policies. A number of strategies and programmes aim to integrate environmental considerations e.g. into sector-specific strategies and policy. However, inter-ministerial coordination and cooperation constitute a challenge.

Overall, environment legislation is in place in many areas but needs further development. Implementing legislation is not fully developed or applied. Implementation of an integrated cross-sector approach to environment protection (such as the implementation of integrated pollution prevention and control) is a challenge. Moldova faces difficulties with implementation and enforcement of environment legislation due to very limited administrative capacities and financial resources.

4. Administrative capacity

The Ministry of Ecology and Natural Resources is the main body for environmental protection. It has however faced staff losses in recent years. The Ministry has one executive authority, the State Ecological Inspectorate, with responsibility for compliance with environmental quality standards.

There are four regional environmental agencies. However, the division of responsibilities between these and environmental departments of local authorities requires attention. In recent years, some tasks previously carried out at municipal level (such as waste management and drinking water management) have been assigned to the regional and local structures of the Ministry of Environment.

Other specialised institutions support environment protection: the National Institute of Ecology, the Laboratory for Environmental Norms and Standards, the State Geological Agency and the State Hydrometeorological Service. The Environmental Information Centre is responsible for collecting and disseminating environmental information. There is no comprehensive national environmental monitoring programme. A National Environment Fund and four local funds have been created.

In order to enhance strategic planning, implementation and enforcement of environment legislation, the major challenge facing Moldova is to reinforce its administrative capacity at national, regional and local levels, including coordination between the relevant authorities.

5. Participation in regional and international processes

Moldova has ratified the relevant **international and regional conventions** to which it is signatory, with the exception of the Protocol on Strategic Environmental Assessment to the UN-ECE Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context and the Protocol to Abate Acidification, Eutrophication and Ground-level Ozone to the UN-ECE Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution.

Moldova is a member of the **Danube-Black Sea (DABLAS) Task Force**, which provides a platform for cooperation between IFIs, donors to and beneficiaries of water protection and water-related measures concerning the Danube and the Black Sea. The main aim is to encourage a strategic approach to the use of financing, and to coordinate action between all financial instruments operating in this region. Moldova is also a member of the **International Commission for the Protection of the Danube River (ICPDR)**, which is identifying the work necessary to implement the EU Water Framework Directive – with the aim of keeping water in good ecological and chemical condition – across the whole of the basin.

Moldova is also participating in the **“Environment for Europe” process**, which is a multilateral framework created in 1989 to steer the process of raising environmental awareness in the countries of Central and Eastern Europe, emerging from the old regimes and moving closer to the EU. The core activities of this process are undertaken by a Task Force co-chaired by the Commission and an NIS environment minister.

Moldova is participating in **the Eastern European, Caucasus and Central Asia component of the EU Water Initiative**, a regional component of the EU Water Initiative as announced at the 2002 World Summit on Sustainable Development. The initiative aims to promote better water governance and coordination between stakeholders.

The **Moldova Regional Environmental Centre (REC)** aims to address environment issues in Moldova and neighbouring countries by promoting cooperation between various stakeholders at national and local levels including NGOs, governmental bodies, local communities and the business sector. The REC also aims to promote public participation in the environmental decision making process.

6. Key areas where action is required

Moldova faces significant challenges to promote environment protection. Key areas include air quality, water quality, waste management and nature protection.

As regards climate change, Moldova needs to implement the relevant provisions of the Kyoto Protocol to the UN Framework Convention on Climate Change. Moldova has significant possibilities to use flexible mechanisms under this Protocol.

The institutional and administrative capacity needs to be reinforced, in particular as regards strategic planning, implementation and enforcement. Support for the implementation of multilateral

environmental agreements is a key issue. The Regional Environment Centre (REC) can assist in promoting environmental awareness and protection by providing a forum for cooperation between the government, civil society/NGOs and the private sector.

The key environment areas where action is required are identified in the environment section of the EU - Moldova Action Plan, established in the framework of the European Neighbourhood Policy. It defines a set of priorities for action with regard to environmental governance, issue-specific activities as well as on international and regional cooperation on environment issues. Progress towards implementing the Action Plan will also contribute to fulfilling the objectives of the Partnership and Cooperation Agreement.

Priorities of other donors including Member States

Member states

From the **EU-27**, Sweden, the United Kingdom (UK), the Netherlands, Germany, the Czech Republic, Denmark, Poland, Latvia, Lithuania and, starting from 2007, Romania provide assistance to Moldova.

Sweden (SIDA) is the second-largest bilateral donor (after the US) with a budget of € 7.0 million in 2005. In 2006 € 10 million will be available. The sectors covered include democratic government, social sector and pro-poor economic growth (including agriculture, energy, labour market and debt negotiations). The new strategy for 2007-2010 is currently being finalised and suggests a concentration where the support to the social sector and labour market initiatives will be phased out during 2007-2010.

The **UK** (DFID) is currently working on the basis of its 2005-2008 strategy with an annual budget of approx. £ 2.5 million. Priority sectors include pro-poor economic growth, good governance and conflict resolution. The longer term future of DFID's programme to Moldova will be considered by a departmental exercise under the British Government's Comprehensive Spending Review. To promote best development practice, DFID aims to start new project work jointly with other donors, for example a joint social sector project with SIDA is under preparation. DFID is expected to contribute to the World Bank Poverty Reduction Support Credit Multi Donor Trust Fund.

The **Netherlands** are also providing bilateral assistance and will provide co-financing for the World Bank's Poverty Reduction Support Credit (PRSC).

Germany has been providing bilateral assistance since 1991 with an overall budget of € 21 million. The overall aim is to support a sustainable development of the Moldovan economy with a focus on the small and medium business sector. Germany also contributed € 4.6 million to the World Bank's Social Investment Fund. In 2006, a budget of € 5million will be available for an agriculture modernisation project as well as for the development of the ProCredit Bank (fiduciary fund). Moreover, the "Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) manages six ongoing small projects in the fields of social care, small and medium business development and prevention of human trafficking.

The **Czech Republic** has been providing bilateral assistance to Moldova since 2001. In 2004 Moldova was identified as one of the eight priority countries for long-term development cooperation. Currently this cooperation is working on the basis of the 2006-2010 Development Cooperation Programme with an annual budget (2007) of approx. € 1,13 million. Within the framework of its development cooperation with Moldova, the Czech Republic is focusing on the sectors of environmental protection and human resources development, mainly through efforts aimed at stabilisation of the social and economic situation, and strengthening of national migration and border management. In the area of education the Czech Republic is putting the accent on exchange of experience among scientific and research institutes in both countries, especially in the field of agriculture.

The **Danish assistance** to Moldova primarily focuses on the fight against human trafficking. For the period 2005-2008 more than € 1,1 million will be allocated to activities focusing on law enforcement,

preventive activities, and capacity building of authorities and civil society organisations. The programme is implemented by the International Organisation for Migration (IOM), La Strada and the Centre for Prevention of Trafficking of Women (CPTW).

Poland provides assistance to Moldova of approximately € 1 million per annum, in particular in the following sectors: economic reforms, public administration reform, and support for local government.

Moldova is a priority country for **Latvian bilateral assistance**. Activities focus on projects aiming at capacity building and civil society development.

Lithuania provides its assistance in strengthening democracy as well as capacity building in the areas of justice, freedom and security including border management.

Starting 2007 **Romania** will channel a large part of its development assistance to Moldova as one of its top beneficiaries. The priorities of the bilateral assistance will be circumscribed to good governance, strengthening democracy and the rule of law, economic development, education, health, infrastructure development and environment protection.

Other donors including IFIs

EBRD has managed 41 projects with a cumulative portfolio of € 200 million over the last ten years. The focus has been on infrastructure and financial institutions. The new 2005/2006 strategy will focus on private sector development (SMEs, rural finance) and infrastructure.

The **European Investment Bank (EIB)** has started identifying lending operations in Moldova with a focus on public infrastructure in the energy, transport and environment sectors.

The **World Bank (WB)** has supported Moldova's transition to a market economy since 1992. In the 2005 fiscal year World Bank commitments to the country were \$ 12 million. Overall commitments for active projects total \$ 149 million. The World Bank's Country Assistance Strategy (CAS) for 2005 to 2008 focuses on three strategic priorities: i) reducing poverty by promoting economic stability, growth and employment, ii) improving access to social services and minimising environmental risks and iii) improving governance and fighting corruption. The new CAS for Moldova envisages a lending programme of between US\$ 90 million and US\$ 137 million. The World Bank is about to launch a First Poverty Reduction Support Credit (PRSC I) to Moldova equivalent to USD 10 million. PRSC-I would be the first in a series of three single tranche operations that would facilitate the implementation of cross cutting reform aimed at improving the living conditions of the Moldovan population.

The IMF approved in May 2006 a new three-year arrangement under the Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) for an amount equivalent to about US\$ 118.2 million. The IMF supported programme is designed to support growth and poverty reduction by maintaining macroeconomic stability, particularly in the face of strong inflows of remittances and sharply higher prices for imported energy. It also strives to improve the performance of the financial sector.

UNDP is currently working on its new 2007-2011 strategy (United National Development Assistance Framework – UNDAF) which is likely to focus on three priority areas: i) governance and participation, ii) access to quality services including health, education and social protection, iii) regional and local development

USAID is currently providing assistance for an annual budget of approx. US\$ 15 million. Three strategic objectives are covered: i) economic growth with a focus on agro-business and enhancing competitiveness, ii) democracy and governance (most work on which is done at local community level) and iii) health sector programmes on tuberculosis, HIV/AIDS and hepatitis. Moldova is also now eligible under the Threshold Programme of the Millennium Challenge Corporation (MCC) where actions will focus on anti-corruption measures. Full-fledged MCC assistance is likely to become available in 2007.

Switzerland (Swiss Agency for Development and Cooperation) is currently spending about SFR 2.5 million per year and anticipates that its available resources will increase to SFR 4 million in coming years. Focal areas are “employment and income” (including VET and local economic development) and social development. Swiss Cooperation is also working on rural water/sanitation through its humanitarian aid budget.

“Policy mix” considerations in the context of the Moldova CSP

The issue of Transnistria plays an important role in the context of the **Common Foreign and Security Policy (CFSP)**. The settlement process has entered a new phase with greater EU and US involvement. Since October 2005, the EU and the US are actively participating in the settlement process within the so-called “five-sided mediation process” (5+2). Following a joint request of the Presidents of the Ukraine and Moldova, an EU Border Assistance Mission (EU BAM) has been in place since 1 December 2005 on the Ukrainian-Moldovan border, with particular focus on the Transnistrian section.

In 2003 the EU and the US introduced a **visa ban** against leading members of the separatist regime. The EU renewed this ban in February 2006. According to the OSCE, the **human rights situation** in the separatist region is unsatisfactory. Rights of minorities, in particular language rights, are not respected.

The Transnistrian conflict **has also taken a toll in economic terms**. Most of the industrial structure of Moldova is located in Transnistria, together with important power plants. The disruption of trade links had a negative effect on both sides, exacerbated in Moldova by the negative effect of a shortfall in revenues and customs duties accruing to the national budget. A key element in any effort to achieve a settlement will be ensuring Moldova’s control over its entire customs territory.

Depending on developments regarding the settlement of the Transnistria conflict, the EC will provide **further specific assistance**, within the overall resources available, related to all aspects of conflict settlement and settlement consolidation.

Regarding **conventional weapons disarmament**, Moldova is not considered to be affected by antipersonnel landmines (APL), except in Transnistria where the situation is unclear. However, pollution by **explosive remnants of war** (ERW, such as abandoned ammunition dumps, unexploded ordnance) is real, due to Second World War action as well as the 1992 conflict. As regards **small arms and light weapons** (SALW), the Transnistrian conflict has created a situation where small-arms stockpiles abound. A number of uncontrolled commercial transactions involving the sale of small arms originating from Moldova which have fuelled a number of African conflicts have been mentioned in UN official reports. Moldovan authorities have improved their export control procedures under international pressure. However, border control, stockpile management and aviation safety/security regulation remain difficult. These are key areas in the fight against trafficking and the spread of illicit small arms and light weapons.

Concerning **energy**, Moldova is almost entirely dependent on imports, in particular from Russia. Russian gas directed towards South East Europe and Turkey passes through Moldova. Events related to gas disputes, notably on gas pricing, between Russia, the Ukraine and Moldova (December 2005/January 2006) showed the high vulnerability of Moldova in this regard. Moldova is making efforts to diversify its sources of energy supplies and has requested EU assistance on this matter. The energy sector also suffers from inefficiency, insufficient bill collection, payment arrears and a need to invest in a generally outdated infrastructure. Against this background, support for energy-related issues will be a key element of the EC’s future assistance strategy.

JLS cooperation with Moldova is increasingly close. A fundamental overhaul of the judiciary, stronger border management and the development of an asylum system fully in line with European

standards are key issues in this area. In terms of the **migratory situation**, Moldova is an important source country for illegal migrants to the EU. Due to the difficult economic situation the incentive to seek employment abroad remains strong, with a considerable number of Moldovan citizens falling victim to various forms of trafficking. The EC has provided substantial JLS-related assistance under its Tacis programme and will continue to give high priority to these issues under the future ENPI.

Moldova is the poorest country in Europe. General principles and EC policies regarding **development cooperation** therefore apply. The Moldovan government adopted an Economic Growth and Poverty Reduction Strategy Paper (EG-PRSP) in May 2004 and approved a First National Report on the Millennium Development Goals (MDGs) in March 2005. Country-specific MDGs have been developed for Moldova. This external assistance strategy for Moldova therefore has a strong focus on poverty reduction in particular at regional and local community level.

In the area of **trade policy** the EU is a key import and export market for Moldova. Moldova has benefited from the General System of Preferences Plus (GSP+) since 1 January 2006 and the EU is considering granting Autonomous Trade Preferences. Improving the system of certification and the control of rules of origin are important prerequisites in this regard and the Moldovan government is actively working on these issues supported by EC assistance.

In the field of **transport** Moldova played an active part in the EU-Black Sea-Caspian Basin Ministerial Conference in November 2004 in Baku and in their follow-up Working Groups. The EC has a strategic interest in providing support for areas identified as important in this context and for priority measures in line with the recommendations of the High Level Group on the extension of the major trans-European transport axes towards neighbouring countries and regions. The Commission has adopted in March 2005 a Communication proposing the creation of a wider European Common Aviation Area including the neighbouring countries of the EU by 2010. It also includes the objective of Moldova joining this initiative in the medium term.

As regards environment protection, **global and transboundary environment threats** like climate change affect Moldova as well as the EU. Both parties are committed to implementing the Kyoto Protocol and the UN Framework Convention on Climate Change. Trans-boundary environmental threats include the use and protection of shared waters, in particular the Danube River and the Black Sea. The EC is currently providing support in this area on a regional basis and envisages follow-up measures under future assistance programmes.

EC assistance to Moldova, 1991-2006 (in €million)*

	1991 -1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Total
<i>TACIS National Programme**</i>	***41,1	14,7	-	14,8	-	25,0	-	42,0	-	137,6
<i>TACIS Cross-border Cooperation****</i>	-	-	2,0	3,0	1,1	2	1,0	3,6	10	22,7
<i>TACIS Regional Programme****</i>	-	-	0,9	-	1,25	-	6.6	5,1	12,3	26,15
<i>Food Security</i>	-	-	5,5	-	10,4	-	10,0	-	10,0	35,9
<i>Macro-Financial Assistance</i>	87.0				-					87.0
<i>Humanitarian Assistance</i>	-	3.9	0.8	0.8						5,5
<i>PVD-NGO COFINANCING</i>	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	0,5
<i>Human rights (EIDHR)</i>	-	-	0,2	0,47	-	-	-	-	-	0,67
<i>SPP</i>	-	-	-	4,7	-	-	-	-	-	4,7
Total	128,1	18,6	9,4	23,77	12,75	27,5	17,6	50,7	32,3	320,72

* 2006 figures indicative and not available for each item

** Including TEMPUS

* ** Overall figure for technical assistance in 1991-98 (mostly Tacis) Source: AIDCO A/1

**** Estimated pro-rata share for Moldova in cross-border (NP and CB) and regional programmes.